

**Baumaßnahme "Hammerstraße", hier: Bericht über die 1. Anliegerversammlung und Ausbaubeschluss****Beratungsfolge:**

Datum	Gremium
22.03.2023	Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung nimmt den Bericht der Verwaltung über die erste Anliegerversammlung „Hammerstraße“ zur Kenntnis.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung beschließt den Ausbau der Straße „Hammerstraße“ und nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Straßenausbau zustimmend zur Kenntnis.

**Begründung:**

Die Stadt Gummersbach beabsichtigt, gemeinsam mit den Stadtwerken Gummersbach, eine kombinierte Kanal- und Straßenbaumaßnahme in der Straße „Hammerstraße“ in Gummersbach – Reininghausen durchzuführen.

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung am 06.02.2023 ist der Beschluss für die Durchführung einer ersten Anliegerversammlung gefasst worden. Diese hat am 27.02.2023 stattgefunden.

Über die Inhalte der Anliegerversammlung wird in der Sitzung mündlich berichtet.

Die Planung sieht weitestgehend einen Ausbau ähnlich dem Bestand vor. Im Bereich der derzeit unübersichtlichen Engstelle (Fahrbahnbreite ca. 2,50 m) an der Einmündung „Hammerstraße/Mühlenseßmarstraße“ ist eine Verbreiterung der Fahrbahn geplant. Erforderliche Schleppkurven für Müll- und Rettungsfahrzeuge sind derzeit nicht vorhanden und führen deshalb regelmäßig zur Beschädigung privater Einfriedungen. Der hierfür notwendige Grunderwerb ist bereits verhandelt.

Der Ausbau der Straße erfolgt gemäß RSTO in der Belastungsklasse 0,3 in Asphaltbauweise mit einem Gesamtaufbau von 60 cm. Die Ausbaulänge beträgt ca. 320m.

Zudem wird die Straßenbeleuchtung von derzeit fünf Beleuchtungspunkten auf zehn erhöht und die Leuchtkörper auf LED umgerüstet.

Eine Änderung der Planung, die sich aus der Anliegerversammlung ergab, ist der Wegfall der Fahrbahnplateaus.

Die letzte Kostenschätzung beträgt ca. 800.000 €.

Im Rahmen der Beitragserhebung ist von der Stadt geplant, Fördermittel aus dem Förderprogramm der Landesregierung NRW zur Entlastung der Beitragspflichtigen bei

Straßenbaumaßnahmen zu beantragen.

Vor Baubeginn wird zeitnah eine zweite Anliegerversammlung durchgeführt.  
Der Baubeginn ist für Herbst dieses Jahres vorgesehen und soll im kommenden Jahr abgeschlossen werden.